



Reumütige Kämpfer

In den Wirren des syrischen Bürgerkriegs lebte der 37-jährige Nagi als einfacher Bauer. Die Brüder Yasser, 31, und Yammany, 20, verdienten ihr Geld im Handel mit Öl – bis Kämpfer des „Islamischen Staates“ (IS) ihr Dorf in der Nähe von Kamischli an der Grenze zur Türkei eroberten. Für 400 Dollar im Monat verteidigten die Männer seither das ausgerufene „Kalifat“ des IS. Als kurdische Freischärler jüngst ihr Dorf befreiten, ergaben sich die drei reumütig. Nun hoffen sie in einem Geheimgefängnis der Kurden-Polizei, dass sie bald zu ihren Familien zurückkehren können.

Kommentar

Sinnlos

Deutschland sollte den „Rechtsstaatsdialog“ mit China aussetzen

Als Sigmar Gabriel aus Peking abflug, stand die Zahl bei 183 – so viele Anwälte und Menschenrechtler hatte China binnen fünf Tagen festgenommen und verhört. Am Morgen nach Gabriels Abflug waren es bereits 205. Dutzende sind noch in Haft, darunter der Verteidiger einer Mitarbeiterin der Wochenzeitung „Die Zeit“. Peking hat eine Säuberungswelle gegen Anwälte eingeleitet. Dass dabei zufällig der deutsche Vizekanzler im Lande war, störte die Führung nicht im Geringsten. Gabriel sprach bei seinem Treffen mit Staatschef Xi Jinping ein paar konkrete Fälle an und traf sich anschließend mit vier Bürgerrechtlern, die – noch – auf freiem Fuß sind. Mehr konnte er offenbar nicht tun, ohne das Treffen mit Xi nachhaltig zu trüben. Als Rechtsstaat aber muss Deutschland mehr tun. Seit 15 Jahren unterhält Berlin mit Peking einen sogenannten Rechtsstaatsdialog – jährliche Treffen auf Minister-ebene, bei denen über Straf-, Zivil- und Verwal-

tungsrecht geredet wird. Die Bundesregierung sollte diesen „Dialog“ bis auf Weiteres einstellen. Chinas Führung ist völlig egal, was die Deutschen unter Recht und Rechtsstaat verstehen. In den fast drei Jahren, seit Präsident Xi an der Macht ist, hat er mehr Bürgerrechtler einsperren lassen als seine Vorgänger in vielen Jahren – darunter mutige Anwälte wie Pu Zhiqiang, alte Männer wie den Maoismus-Kritiker Tie Liu, selbst Schwerstkranke wie die Aktivistin Cao Shunli, die in der Haft verstarb, weil man ihr eine Behandlung verweigerte. Unter diesen Umständen mit Peking noch über den Rechtsstaat zu reden ist sinnlos. Denn „Recht“ hat in diesem „Rechtsstaat“ nur einer: der Staat. Europa braucht den Dialog mit Peking – aber nicht um den Preis der Selbstverleugnung. Deutschlands Haltung zählt in China. Die Verhaftungswelle gegen die Anwälte ist ein dringender Anlass, diese Haltung zu zeigen.

Bernhard Zand

FOTO: GABRIELE MICALIZZI / GESURLAB

Ecuador Abschied vom Dollar

Der linkspopulistische Staatschef Rafael Correa will den US-Dollar, der vor 15 Jahren als Währung in seinem Land eingeführt wurde, abschaffen. Um die defizitären Staatskassen zu entlasten, hat der in den USA ausgebildete Wirtschaftswissenschaftler Correa alle staatlichen Stellen angewiesen, ihre Finanzplanung auf eine virtuelle, zusätzliche Währung umzustellen. So will er die schwere Wirtschaftskrise in den Griff bekommen, unter der das Land leidet. Denn Ecuador ist stark vom Ölexport abhängig; der Preisverfall auf dem Energiemarkt hat dazu geführt, dass Correa nun dras-

tisch die Ausgaben kürzen muss. Eine eigene Währung würde den Banken wieder mehr Liquidität verschaffen. Der schrittweise Ersatz des US-Dollars durch ein neues

Zahlungsmittel wäre jedoch auch ein kompliziertes und riskantes Unterfangen. Es könnte sogar eine Staatspleite ähnlich wie 2001 in Argentinien provozieren. jgl



Demonstranten in Quito

Japan Streit ums Dach

Als Tokio vor fast zwei Jahren den Zuschlag für die Olympischen Sommerspiele 2020 erhielt, ließ sich Premier Shinzo Abe feiern. Der Regierungschef hatte sich persönlich für die Spiele eingesetzt, er wollte seiner rasant alternen Nation ein neues Ziel setzen. Doch nun tobt in Tokio ein Streit um die horrenden Kosten des Olympiastadions, der Abe politisch bereits beschädigt hat: Rund 252 Mil-

liarden Yen (gut 1,8 Milliarden Euro) soll der futuristische Bau kosten, den die britisch-irakische Stararchitektin Zaha Hadid entworfen hat. Das ist fast doppelt so viel wie veranschlagt und etwa fünfmal so teuer wie das Stadion von Peking 2008 – und das war schon ein bombastischer Bau. Doch Japan möchte seinen Nachbarn noch übertrumpfen – mit einer verwegenen Dachkonstruktion, die aber auch besonders teuer ist und für Ärger sorgt. Denn die Insel-

nation ist so hoch verschuldet wie kein anderes führendes Industrieland. Zunächst hatte die Regierung Abe versucht, einen Teil der Finanzierung auf die Hauptstadt Tokio abzuwälzen. Deren Gouverneur aber protestierte. Dann schob sie die Schuld für das Desaster auf die Vorgängerregierung. Doch selbst in Japans zahmen Medien reißt die Kritik an dem Projekt nicht ab. Nun signalisieren Abes Planer Einlenken: Sie prüfen eine Reduzierung von Design und Kosten. ww

Fußnote

3250

Tonnen Erde mussten die Helfer ausheben, die den 1500 Meter langen Fluchttunnel für den mexikanischen Drogenboss Joaquín „El Chapo“ Guzmán bauten. Für sein Verschwinden aus dem Hochsicherheitsgefängnis hat der Boss des Sinaloa-Kartells nach Schätzungen von Drogenfahndern fünf Millionen Dollar gezahlt.

FOTOS: RODRIGO BUENDIA / AFP (O. R.); AP / DPA (U.)



Computersimulation des geplanten Olympiastadions von Tokio